

Protokoll der Stadtratssitzung Sulzbach-Rosenberg vom 25.10.2022

Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt, sinngemäß in eigenen Worten dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben.

Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind auf <https://buergerinfo.suro.info/info.php> abrufbar.

TOP Ö 1: Sicherheitsbericht 2021 der PI Sulzbach-Rosenberg

Wesentliche Aspekte des Vortrags von Polizeihauptkommissar Michael Kernebeck:

- Struktur des Schutzbereichs: ca. 37.000 Einwohner auf 350 km² Fläche
- Anzahl Polizeieinsätze in den letzten Jahren weitgehend konstant
- Anzahl der Straftaten von 2017 - 2022 tendenziell rückläufig (auch bezogen auf die Einwohnerzahl), ca. ¾ aller Straftaten im Stadtgebiet
- Aufklärungsquote: In 2021 leichter Anstieg auf 79,6 % im Schutzgebiet, deutlich über der Quote in der Oberpfalz bzw. in Bayern
- Aufklärungsquote (Stadtgebiet): Gewaltdelikte 86,0 %; Straßenkriminalität 26,4 %; Diebstahlsdelikte 71,5 %, Vermögens- und Fälschungsdelikte 90,1 %, Rauschgiftdelikte 98,7 %.
- Deliktsverteilung: In 2020 und 2021 Anstieg der Sexualdelikte auf anteilig 6 % (vornehmlich via Internet, vermutlich Corona-bedingt); je 20 % Rohheits- und Diebstahlsdelikte.
- Ladendiebstahl anteilig 75 % aller Diebstahlsdelikte im Stadtgebiet, Fahrraddiebstahl anteilig nur 8 %, Wohnungseinbruch 3 %
- Politisch motivierte Straftaten: 19 (u. a. Graffiti mit politischer Aussage, Schäden an Wahlplakaten, Tragen verbotener Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen etc.)
- Gewalt gegen Polizeibeamte: Starker kontinuierlicher Anstieg von 8 auf 37 zwischen 2017 und 2021: Körperverletzung, Widerstand und Beleidigungen
- 3 Wohnungseinbrüche im Stadtgebiet in 2021 (zwischen 2012 und 2020 zwischen 2 und 11 solcher Delikte pro Jahr); keine Hinweise auf überörtliche Tätergruppierungen
- Rauschgiftdelikte seit 4 Jahren leicht rückläufig (107 ... 75 Fälle), aber mutmaßlich Ursache für viele Eigentumsdelikte

Wesentliche Aspekte des Vortrags „Besondere Einsatzlagen“ vom stellvertretenden PI-Leiter Norbert Groß:

- Verstöße gegen Corona-Auflagen (vornehmlich Maskenpflicht, Ausgangssperre)
- Sicherheitswacht: 8 Mitglieder (in Bayern 1500), Erhöhung um 2 Mitglieder empfohlen
- Veranstaltungslage: Frühlingsfest, Altstadtfest und Annabergbest durch Corona ausgefallen

Göth: Bedankt sich für die gute und erfolgreiche Arbeit (hohe Aufklärungsquote), ein Wunsch: aktuelle Serie an Sachbeschädigungen durch Graffiti aufklären

Kernebeck: Beschäftigt die PI seit Juli 2022. Ein erfolgversprechender Hinweis im Sommer dem derzeit nachgegangen wird, Details können aus ermittlungstaktischen Gründen noch nicht bekannt gegeben werden.

Kernebeck: Stark zugenommene Anzahl Delikte gegen Polizeibeamte müsse noch in Beleidigungen, Widerstand und Gewaltdelikte aufgeteilt werden um interpretiert werden zu können.

Berndt: Offensichtliche Diskrepanz zwischen der realen und durch die Polizei bekannt gegebenen Anzahl an Teilnehmern von Demonstrationen, z. B. bei der Mai-Demo seien es aus seiner Sicht deutlich mehr gewesen als die Zählung durch die Polizei ergeben hat..

Kernebeck: Zählung erfolgt durch Polizeibeamte die zu einem bestimmten Zeitpunkt erscheinen, können daher grundsätzlich fehlerbehaftet sein. Werde sich bemühen, dass die Zahlen künftig akkurater sind.

Herbst: Corona-bedingte Maßnahmen: Sind das in Betrieben und Gaststätten vornehmlich Routine-Einsätze oder auf konkreten Verdacht / Hinweis hin erfolgte Einsätze?

Kernebeck: Beides, verdachtsunabhängige Untersuchungen, aber auch anlassbezogen (z. B. Anrufe durch Nachbarn)

TOP Ö 2: Neubesetzung des Verwaltungsrats für das AS Technologie- und Gründerzentrum, gemeinsames Kommunalunternehmen der Stadt Sulzbach-Rosenberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach

Beschlussvorschlag: StRM Herr Dr. Sven Mörk scheidet mit sofortiger Wirkung aus dem Verwaltungsrat des AS Technologie und Gründerzentrums, gemeinsames Kommunalunternehmen der Stadt Sulzbach-Rosenberg und des Landkreises Amberg-Sulzbach aus. Er wird durch StRM Herrn Dr. Patrick Fröhlich ersetzt, welcher hiermit als Verwaltungsrat des AS Technologie und Gründerzentrums bestellt wird.

☞ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 3: Live-Übertragung öffentlicher Sitzungen des Stadtrats

Der Stadtrat wird (im Kontext der Sachdarstellung und Stellungnahme des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz) um Entscheidung über die weitere Vorgehensweise gebeten.

Mitzler:

- Thema beschäftigt die Stadt seit längerem: Konfliktpotenzial durch Datenschutz (Anfrage beim bayerischen Datenschutzbeauftragten, Antwort erhalten) und Personalangelegenheiten (die jedoch im nicht-öffentlichen Teil behandelt werden)
- Nur Lösungen möglich, welche berücksichtigen, dass nicht alle Betroffenen der Übertragung zustimmen

Göth: Wie könne datenschutzrechtlich konforme Übertragung gestaltet werden?

Mitzler: Ausblenden von Wortmeldungen von Betroffenen welche nicht der Übertragung zugestimmt haben (ggfalls. zeitversetztes Streaming). Speicherung und Abrufen von Aufzeichnungen (Mediathek) grundsätzlich datenschutzrechtlich nicht möglich.

Göth: Beispiel Bayreuth: Professionelle Übertragung, aber sehr teuer. In Kommunen in denen Live-Übertragungen eingeführt wurden, ist die Nutzeranzahl nach anfangs größerem Zuspruch mit der Zeit wieder abgesunken.

Schmidt-Hartmann: SURO2030 befürwortet den Versuch, eine kleine Lösung umzusetzen, Übertragung stellt Teilnahmemöglichkeit für alle Bürger dar. Wie können datenschutzrechtliche Hürden in anderen Gemeinden umgesetzt werden bei vermutlich vertretbaren Kosten?

Mitzler: Eine Lösung wäre einfacher und günstiger, wenn alle Betroffenen der Übertragung zustimmen.

Herbst: Von diesem Thema solle Abstand genommen werden; das schriftliche Protokoll ist für alle einsichtig und ausreichend; eine datenschutzrechtlich konforme Umsetzung sicherlich teuer. Größere Kommunen haben evtl. entsprechenden Etat. Langfristig vermutlich geringe Nutzerzahl.

Thar: Thema müsse auf jeden Fall weiterhin diskutiert werden. Von Bürgern gewählte Stadträte sollten sich einer Übertragung transparent aussetzen.

Reitzenstein: Stadträte stehen regelmäßig im öffentlichen Leben; Digitalisierung und Transparenz wichtig; Technik ist vorhanden; plädieren für einen professionellen Probetrieb für ein Jahr. Nach einem Jahr Evaluierung solle die Verwaltung Angebote einholen.

Bender: Verweise auf die Antwort des bayerischen Datenschutzbeauftragten. Aktuell kein rechtlicher Rahmen, dieser müsse erst geschaffen werden. Keine Zustimmung für eine Lösung die 3000 €/Sitzung kostet. Viel wichtiger wäre eine größere reale Teilnahme der Bevölkerung bei Sitzungen.

Göth: Scheinbar uneinheitliche Auffassung im Stadtrat. Unprofessionelle Lösung macht sicher mehr Ärger als Nutzen. Verwaltung erhält den Auftrag, die Kosten zu prüfen auch im Hinblick auf datenschutzrechtlich konforme Umsetzung. Dann könne zu (ggfalls. zunächst temporärer) Lösung beschlossen werden.

Fröhlich: Dank an die Stadtverwaltung für die Sachdarstellung. Lösung sei ggfalls. mit eigenem Personal möglich (z. B. mit Rednerpult). CSU-Antrag wurde im Oktober 2020 gestellt, nun werde seit 2 Jahren darüber diskutiert. Dieser Sachverhalt müsse irgendwann entschieden werden. Gegenstimmen anderer Stadträte lauten „zu teuer“, „Datenschutz“ und „vermutlich zu wenige Nutzer“. Es müssen auch positive Aspekte genannt werden: Recht der Bevölkerung auf Information, umgesetzt in Verpflichtung. Zumindest ein Testlauf wäre wichtig um die Resonanz zu prüfen. Nutzer könnten davon profitieren, sich aus Zeitgründen nur einzelne sie interessierende TOP anzusehen. 94 % der deutschen Bevölkerung ist mittlerweile online unterwegs: Eine neue Informations-Technologie sei erwachsen. Teilnahme in Präsenz ist unabhängig davon weiterhin möglich. Echtzeitübertragung von Stadtratssitzungen sei nicht nur rechtlich möglich, sondern geboten. Beantragt i) Das Konzept einer Live-Übertragung weiterhin verfolgt werden, ggfalls. zunächst zeitlich begrenzt; und falls das beschlossen ii) Verwaltung soll Möglichkeiten und Kosten dafür prüfen.

è Diesem Beschlussvorschlag i) wurde mit 3 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen) zugestimmt

è Diesem Beschlussvorschlag ii) wurde mit 3 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen) zugestimmt

TOP Ö 4: Feststellung und Entlastung der Jahresrechnungen 2020 der Stadt Sulzbach-Rosenberg gem. Art. 102 Abs. 3 GO und der Bürgerspitalstiftung gem Art. 102 Abs. 3 GO i.V.m. Art. 28 BayStG

Beschlussvorschlag: 1.) Aufgrund der durchgeführten örtlichen Prüfungen stellt der Stadtrat (incl. Erster Bürgermeister als Stimmberechtigter) die Jahresrechnungen 2020 der Stadt Sulzbach-Rosenberg, gem. Art. 102 Abs. 3 GO und der Bürgerspitalstiftung Sulzbach-Rosenberg gem. Art. 102 Abs. 3 GO i.V.m. Art. 28 BayStG – wie in der Anlage 1 aufgeführt fest. 2.) Aufgrund der durchgeführten örtlichen Prüfungen stellt der Stadtrat (ohne Stimmrecht des Ersten Bürgermeisters) für die Jahresrechnung 2020 die Entlastung fest.

Reyzl: Dank an die Verwaltung für die gute Arbeit, besonders an die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses [... auf die Darstellung des ausführlichen Berichtes wird hier verzichtet ...]. Empfiehlt die vorbehaltlose Entlastung der Verwaltung.

è Den Beschlussvorschlägen 1) und 2) wurde jeweils einstimmig zugestimmt

TOP Ö 5: Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherungen der Gehbahnen im Winter (1. Änderungsverfügung) in der dem Protokoll als Anlage beigefügten Form.

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 6: Neuwahl des berufsmäßigen Ersten Bürgermeisters der Stadt Sulzbach-Rosenberg; Vorschlag des Wahltermins und Berufung des Wahlleiters

Beschlussvorschlag: „Der Stadtrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzungsvorlage zur Kenntnis und beschließt:

1. Wahltermin: Die Amtszeit des derzeitigen Ersten Bürgermeisters endet mit Ablauf des 09. März 2024. Der Stadtrat empfiehlt der Rechtsaufsichtsbehörde, als Wahltag für die Neuwahl des berufsmäßigen Ersten Bürgermeisters der Stadt Sulzbach- Rosenberg den 14. Januar 2024 festzusetzen (Art. 44 Abs. 1 GLKrVG).

und

2. Wahlleiter: Gem. Art. 5 Abs. 1 GLKrVG wird die Referatsleiterin und Leiterin des Wahlamtes, Frau Rosalia Wendl, zur Wahlleiterin berufen. Als stellvertretende Wahlleiterin wird die Hauptamtsleiterin, Frau Gabriele Wagemann berufen.“

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 7: Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans Wohngebiet "Prohof Ost" durch Einbeziehung von Außenbereichsflächen im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB; Fassung des Aufstellungsbeschlusses; Beschluss über die Form der Öffentlichkeitsbeteiligung

Beschlussvorschlag: (aufgrund des sehr umfangreichen Beschlussvorschlag wird hier nur auf die online verfügbare Sitzungsvorlage verwiesen)

Bender: Aus Plan geht die genaue Anzahl der Parzellen nicht hervor

Schöllhorn: Anzahl Parzellen ergibt sich erst beim Verkauf der Grundstücke

Schmidt-Hartmann: Können der Sitzungsvorlage nicht zustimmen, Plan entspricht nicht den Vorstellungen auch des Landes zu den Prinzipien der Stadtentwicklung („Innen vor Außen“; Nachverdichtung), unverhältnismäßig hoher Flächenverbrauch

Herbst: Maßnahme Prohof kann als abgeschlossen betrachtet werden, künftig wird seine Fraktion keine weiteren Baulandausweisungen in Prohof mehr unterstützen.

è Dem Beschlussvorschlag wurde mit 4 Gegenstimmen (SURO2030 und Stadtrat Fröhlich) zugestimmt

TOP Ö 8: Vereinbarung mit dem ZNAS über die Errichtung von zwei digitalen Fahrgastinformationssysteme am Bahnhof in Sulzbach-Rosenberg

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferats vom 10.10.2022 AZ.:IV-1450/MS zur Kenntnis und ermächtigt Herrn 1. Bürgermeister Göth die beiliegende Vereinbarung zu unterschreiben.

Fröhlich: Vollständig abgebildete Kosten dieser Maßnahmen fehlen in der Sitzungsvorlage (Tiefbaumaßnahmen, Bereitstellung der Stromquelle und Stromkosten)

Schöllhorn: Bisher überschaubare Kosten, aber viele Eigenleistungen, daher nicht explizit berechnet

Reitzenstein: Grundsätzlich gute Idee, Standort sicherlich gut abgestimmt um nicht öfter aufgraben zu müssen?

Schöllhorn: So ist es, ein Standort an einer neu zu errichtende Bushaltestelle

è Dem Beschluss wird verfragt, da die genaue Kostenaufstellung fehlt

TOP Ö 9: Treffen von verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Alten Straße; Anfrage in der 27. Sitzung des Stadtrates am 20.09.2022, TOP 10.2

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferats vom 11.10.2022, Az.: IV-6312/Grei/st – Alte Straße, zur Kenntnis und beschließt verkehrsberuhigende Maßnahmen im Zuge der Haushaltsberatungen zu erörtern.

Frau Geismann: Dank für die schnelle Bearbeitung des Antrags, etwas erschrocken über die hohen Kosten. Verkehrsschau erst im Herbst, solle daher in Haushalt 2024 eingestellt werden, günstigere Möglichkeit zur Verkehrsberuhigung solle gesucht werden, die den häufigen Bus-Linienverkehr nicht behindert wie es die „Berliner Kissen“ tun.

Göth: In Verkehrsschau 2023 begutachten und dann neu diskutieren

Frau Geismann: „Smiley“ solle dort belassen werden, sei nutzbringend

Göth: Mehrere „Smiley“-Geschwindigkeitsanzeigen sollen in künftigen Haushalt eingeplant und angeschafft werden, seien überschaubare Kosten und werde von der Bevölkerung so gewünscht.

Reitzenstein: Heute nur 5 PKW in der Zeit in der viele Schüler verkehren gezählt, die Verkehrsberuhigung „Berliner Kissen“ seien Behinderung für Busse und Fahrzeuge des Wertstoffhofes. Durch 4 x Rechts-vor-Links Regelungen könne gar nicht zu schnell gefahren werden.

Mutzbauer: Viel Zielverkehr in der Alten Straße (Wertstoffhof, Schule, Sportpark). Smiley bevorzugt, weitere Maßnahmen erst nach Verkehrsschau

Volkert: Plädieren gegen Schnellschuss auch wegen hoher Kosten. Diskussion im Kontext laufender Diskussionen zum Radverkehrskonzept und dem Beitritt zur kommunalen Verkehrsüberwachung. Smiley nicht sehr zielführend, schärfere Überwachung mit Sanktionierung wäre zielführender. Bevor viel Geld ausgegeben werde, sollte dieser Punkt zurück gestellt werden.

è Beschluss wird vertagt

TOP Ö 10: Kommunale Eigenheimförderung, Richtlinie zur Förderung des Wohnungsbaues

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt, die Gültigkeit der „Richtlinie zur Förderung des Wohnungsbaues“ bis 31.12.2023 zu verlängern.

Volkert: Verständnisfrage: Beschlussvorlage und Richtlinie weisen unterschiedliche Zahlen für Zuschüsse bzw. Darlehen aus: In der Beschlussvorlage ist die Rede von 2 x Darlehensgewährung über 8.000 Euro (Richtlinie: 6.000 Euro für Neubau) und 1x Darlehensgewährung über 30.000 Euro (Richtlinie: 10.000 Euro für Abbruch für Neubau bzw. Kauf Altbau)

Strehl: Zuwendungen hängen auch von Anzahl der Kinder ab; werde gesondert auf die Frage antworten

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 11: Genehmigung von Sitzungsniederschriften; 18. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 06.10.2022

TOP Ö 12: EDV-Ordnungsziffer

TOP Ö 13: Bekanntgaben

TOP Ö 13.1: Inventar des Seidel-Anwesens, Anfrage in der 26. Sitzung des Stadtrates am 26.07.2022;

(Sachstandsbericht bezüglich Ankauf des Inventars im Seidel-Anwesen)

TOP Ö 13.2: Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der 27. Sitzung des Stadtrates vom 20.09.2022

- Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie „Erzhülle“ – Verlegung des städtischen Lagerplatzes; Vergabe der Ingenieurleistungen
- Einstiegshilfen am Kneippbecken an der Flei; Durchführungsbeschluss und Vergabe der Metallbauarbeiten
- Neubau Kita Schießstätte; Vergabe der Fassadenbauarbeiten
- Sanierung Waldbad; Vergabe der a) Edelstahlrutschen und b) Tiefbauarbeiten Rutschen und Außenanlagen
- Sicherung der Felsböschung im Bereich des Stadtgrabens; Durchführungsbeschluss und Vergabe der Planungsleistungen

- Sicherung der Felsböschung im Bereich der Bastei; Durchführungsbeschluss und Vergabe der Planungsleistungen
- Stadtmauersanierung im Bereich Garten Auf der Schanze 2 und Garten Pfarrgasse 1; Durchführungsbeschluss und Vergabe der Ingenieur- und Tragwerksplanung
- Brandschutztechnische Ertüchtigung Rathausgasse 1-3; Vergabe der Schreinerarbeiten
- Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie „Erzhülle“ – Verlegung des städtischen Lagerplatzes; Vergabe der Tiefbauarbeiten
- Sanierung der ehemaligen Haumülldeponie „Erzhülle“; Vergabe der analytischen Überwachung der Sickerwasserbehandlung

TOP Ö 14: Anfragen

Fröhlich: 1. Seidel-Inventar, Sachstandsbericht: Ist das Inventar bereits im städtischen Eigentum? 2. 28 T€ zugesagt, entsprechend 10 % - Summe 280 T€ entspricht nicht den ebenfalls aufgeführten 260 T€, woher Diskrepanz? 3. Antrag aus BV zum Konzept zum MH-Areal, immer noch nicht im Stadtrat behandelt, zeitnahe Information solle folgen da auch die Öffentlichkeit informiert werden möchte. 4. Interne Förderrichtlinie für Sportförderung: Mehrere Vereine fragen nach öffentlicher Fördersatzung oder Information zu (nicht-öffentlicher) Richtlinie, Vereine sollten über Richtlinie informiert werden.

Göth: Berichterstattung zum MH-Areal in November-Sitzung. Seidel-Inventar noch nicht angekauft, Fördermöglichkeiten werden abgefragt.

Lommer: 260 T€ Ankaufsumme, weitere 20 T€ vorsichtshalber mit aufgenommen um mögliche Schäden am Inventar über Sofortmaßnahmen zu vermeiden, diese Summe wäre im Nachhinein nicht zu beantragen gewesen.

Reitzenstein: Warum keine weiteren Fördermöglichkeiten?

Lommer: Liegt an Satzungsfragen der Fördergeber.

Volkert: 1. Sachstandsbericht lässt einige Fragen offen: 1. Zwei nichtbayerische Gutachter werden sich ein eigenes Bild machen und prüfen, ob die Kulturstiftung der Länder den Ankauf zu fördern. Gibt es dazu schon nähere Informationen, im besten Fall schon einen Termin, an dem diese Gutachter das Archiv in Augenschein nehmen? 2. Wann wurde der Antrag auf Förderung durch den Bund abgegeben und wann ist dazu mit einer Antwort des Staatsministeriums zu rechnen? 3. SURO2030 hält nach wie vor die Aufbewahrung des Archivs in den Räumen des Seidel-Anwesens in Sachen Licht, Klima, Belüftung und Raumhygiene, also aus konservatorischer Sicht für sehr problematisch. Diese Problematik ist spätestens seit dem Wassereinbruch im vergangenen November akut. Wir haben damals bereits angeregt, Kontakt mit Frau Dr. Sagstetter aufzunehmen und die Möglichkeit einer Umlagerung in die Räume des Staatsarchivs im Sulzbacher Schloß zu erörtern. Ist das geschehen oder gibt es mittlerweile eine andere, bessere Möglichkeit, die Archivalien vor dem möglichen Verfall zu schützen? 4. Die Erschließung: Seit Dezember letzten Jahres laufen die Vorbereitungen zur Errichtung eines Kuratoriums zur Erschließung. Gibt es hierzu schon Konkretisierungen über Zusammensetzung und Organisationsform?

Volkert: Stadtpass sei seit September zu beantragen? Falls dem so ist, solle die Öffentlichkeit darüber informiert werden mittels Flyer, Plakate oder/und über die Internetseite der Stadt mit Antragsformular zum Download. Auch ein Bericht in der SRZ über den Start des Stadtpasses wäre wünschenswert.

Moser: Bereich Krötenseeschule, Straße runter zum Kaufland ist oft sehr vermüllt, auch wenn Schüler zur abschnittswisen Reinigung eingeteilt seien. Aufstellen von Mülleimern wäre empfehlenswert, auch an Straße in Richtung Berufsschule.

Steger: Fernwärmeversorgung Danpower: Erhöhung der Kosten an Bundesölindex gekoppelt, warum die Regelung? Wie ist das bei Neuverträgen?

TOP Ö 15: Anträge gem. § 25 Abs. 1 GeschO-Stadtrat

TOP Ö 15.1: Hallennutzungsplattform; Antrag in der 27. Sitzung des Stadtrates am 20.09.2022

Göth: Antrag zur Hallennutzungsverwaltung in Hauptausschuss verwiesen

TOP Ö 16: Anträge gem. § 25 Abs. 2 ff. GeschO-Stadtrat

Rösel: Beantragen Förderung für PV-Balkonkraftwerke, dies sei eine mögliche Form der Bürgerbeteiligung mit Wertschöpfung durch Teilhabe, Solarstromanteil in der Kommune würde damit erhöht werden um CO₂-Emissionen zu verringern, anwendbar auch für Einwohner ohne eigene für PV geeignete Dachflächen

Mörk: Erstellung und Auslage von Flyern mit konkreten, Sulzbach-Rosenberg bezogenen Informationen für unterschiedliche Katastrophenfälle; Ausweisung von „Katastrophen-Leuchttürmen“, Informationen bei Grundversorgern (Wasser, Strom) über Ausfallsicherheit bei Stromausfällen seien einzuholen; örtliches Katastrophenschutzkonzept aufzustellen und in bestehende Konzepte integrieren. Kälteschutzkonzept parallel zum Hitzeschutzkonzept zwingend notwendig.

Gez. Christian Koch, 26.10.2022